

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

**Notwendiger Schutz vor Emissionen
bei der Freiwilligen Feuerwehr**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, dass die ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer bei den Freiwilligen Feuerwehren bei der Einsatzvorbereitung gesundheitsschädlichen Emissionen durch Dieselmotoren ausgesetzt sind und welche Erkenntnisse leitet sie daraus ab?
2. Welche umweltschutzrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften gelten für Frauen und Männer bei den Freiwilligen Feuerwehren und wie wird die Überwachung dieser Vorschriften überprüft?
3. Ist ihr bekannt, dass in der Landeshauptstadt Stuttgart nicht alle Freiwilligen Feuerwehren über Abgasabsauganlagen verfügen, die schädliche Emissionen verhindern?
4. Hat sie Erkenntnisse darüber, wie viele Freiwillige Feuerwehren im Land über Abgasabsauganlagen verfügen und wie viele nicht?
5. Wird sie bei den Kommunen darauf hinwirken, dass unverzüglich alle Freiwilligen Feuerwehren in der Landeshauptstadt Stuttgart und im Land mit Abgasabsauganlagen ausgestattet werden und kann sie gegebenenfalls auch Landesmittel dafür bereitstellen?

25. 02. 2013

Dr. Löffler CDU

Begründung

Bei vielen Freiwilligen Feuerwehren sind die Umkleide und das Magazin, in welchem die Einsatzfahrzeuge stehen, räumlich nicht getrennt. Bei einem Einsatz werden die Dieselmotoren der Fahrzeuge zum Laufen gebracht. Die eintreffenden Frauen und Männer ziehen ihre Schutzkleidung in dieser Zeit an und atmen die Emissionen der Dieselmotoren ein. Der Einsatz von Abgasabsauganlagen würde diese Emissionen verhindern. Solche Abgasabsauganlagen sind in jeder Kfz-Werkstatt üblich und gehören zum Arbeitssicherheitsstandard. Dies sollte auch der Standard für alle Freiwilligen Feuerwehren im Land sein.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. März 2013 Nr. 4-1502.1/0/28 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Ist ihr bekannt, dass die ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer bei den Freiwilligen Feuerwehren bei der Einsatzvorbereitung gesundheitsschädlichen Emissionen durch Dieselmotoren ausgesetzt sind und welche Erkenntnisse leitet sie daraus ab?*

Zu 1.:

Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren können dann gesundheitsschädlichen Emissionen durch Dieselmotoren ausgesetzt sein, wenn in den Feuerwehrhäusern keine Absaug- oder Entlüftungsanlagen eingebaut sind und keine von der Fahrzeughalle getrennten Umkleide- beziehungsweise Spindräume vorhanden sind. Eine Gefährdung kann dann entstehen, wenn sich die Feuerwehrangehörigen neben den Fahrzeugen umkleiden und hier bereits die Dieselmotoren gestartet werden.

- 2. Welche umweltschutzrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften gelten für Frauen und Männer bei den Freiwilligen Feuerwehren und wie wird die Überwachung dieser Vorschriften überprüft?*

Zu 2.:

Für die Feuerwehren gelten alle allgemein eingeführten umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften, soweit sie sich auf deren Aufgabenbereich beziehen. Für Tätigkeiten in Arbeitsbereichen, in denen Dieselmotoremissionen auftreten können, gelten die Anforderungen der „Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen“ (Gefahrstoffverordnung). Die Gefahrstoffverordnung hat das Ziel, den Menschen und die Umwelt vor stoffbedingten Schädigungen zu schützen, z. B. durch Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und anderer Personen bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen.

In § 7 der Gefahrstoffverordnung ist festgelegt, dass der Arbeitgeber beziehungsweise der Unternehmer (hier die Kommune als Träger der Feuerwehr) eine gefahrstoffbedingte Gefährdung der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit zu beseitigen beziehungsweise auf ein Mindestmaß zu reduzieren hat.

Wie die Anforderungen der Gefahrstoffverordnung umgesetzt werden sollen, beschreibt die Technische Regel für Gefahrstoffe – „Abgase von Dieselmotoren“ (TRGS 554, Ausgabe Juli 2009). Danach sind bei Einsatz von Dieselmotoren in Fahrzeughallen Maßnahmen zur Minderung der Dieselmotorenemission zu treffen. Expositionsminderungen können durch die Absaugung der Dieselmotorenemissionen direkt an der Entstehungsstelle und durch den Einsatz von Dieselpartikelfiltern sowie ferner durch Lüftungstechnische Maßnahmen erreicht werden.

Die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen trägt nach den Vorgaben der Gefahrstoffverordnung der Unternehmer, im Falle der Feuerwehr die Kommune als Träger der Feuerwehr.

3. Ist ihr bekannt, dass in der Landeshauptstadt Stuttgart nicht alle Freiwilligen Feuerwehren über Abgasabsauganlagen verfügen, die schädliche Emissionen verhindern?

Zu 3.:

Nein. Für die Ausstattung von Abgassauganlagen in den Feuerwehrhäusern der Landeshauptstadt Stuttgart und die Durchführung von anderen emissionsmindernden Maßnahmen ist die Stadt Stuttgart zuständig.

4. Hat sie Erkenntnisse darüber, wie viele Freiwillige Feuerwehren im Land über Abgasabsauganlagen verfügen und wie viele nicht?

Zu 4.:

In bestehenden alten Feuerwehrhäusern sind möglicherweise noch keine Abgassauganlagen oder vergleichbare Lüftungsanlagen eingebaut oder nachgerüstet. Um wie viele Feuerwehrhäuser es sich handelt, ist nicht bekannt. Eine Erhebung bei den 1.099 Gemeindefeuerwehren mit rund 3.300 Feuerwehrhäusern würde den Rahmen dieser Beantwortung sprengen. Wie bereits in der Antwort zu Frage 2 ausgeführt, liegt die Zuständigkeit zur Durchführung von Maßnahmen zur Minderung der Dieselmotorenemissionen bei den Kommunen als Träger der Feuerwehren. Inwieweit dazu der Einbau von Abgassauganlagen notwendig wird oder auch durch andere Maßnahmen eine ausreichende Reduzierung der Emissionen oder gar Vermeidung der Emission erreicht werden kann, muss in jedem Einzelfall anhand der Örtlichkeiten geprüft und festgelegt werden.

5. Wird sie bei den Kommunen darauf hinwirken, dass unverzüglich alle Freiwilligen Feuerwehren in der Landeshauptstadt Stuttgart und im Land mit Abgasabsauganlagen ausgestattet werden und kann sie gegebenenfalls auch Landesmittel dafür bereitstellen?

Zu 5.:

Die Landesregierung und die Unfallkasse Baden-Württemberg haben in der Vergangenheit mehrfach auf die Notwendigkeit zur Minderung der Dieselmotorenemissionen in den Feuerwehrhäusern der Feuerwehren hingewiesen. Dabei ist vor Ort anhand einer Gefahrenanalyse zu entscheiden, inwieweit bauliche und/oder organisatorische Maßnahmen zur Verminderung der Gefahren notwendig sind.

Die GUV-Information „Sicherheit im Feuerwehrhaus“ (GUV-I8554) und die DIN 14092 Teil 1 – Feuerwehrhäuser-Planungsgrundlagen enthalten ebenfalls Aussagen bezüglich Dieselmotorenemissionen beziehungsweise Lüftungseinrichtungen.

Die Unfallkasse Baden-Württemberg unterstützt und berät die Kommunen insbesondere bei Sanierungen und Erweiterungen von Feuerwehrhäusern auch hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten der TRGS 554. Darüber hinaus hat die Unfallkasse nach § 16 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch auch die Möglichkeit der Überwachung und gegebenenfalls der Anordnung von entsprechenden Maßnahmen.

Bei Neubauten von Feuerwehrhäusern erfolgt seitens des Landes im Regelfall eine Förderung nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Zuwendungen für das Feuerwehrwesen (VwV-Z-Feu). In den darin festgelegten Zuwendungssätzen sind auch Aufwendungen hinsichtlich Lüftungsanlagen oder Abgasabsauganlagen berücksichtigt. Eine darüber hinausgehende Förderung aus Mitteln der Feuerschutzsteuer ist nicht vorgesehen.

Gall

Innenminister